



Birnstock: Landesregierung lässt hochbegabte Vorschulkinder im Regen stehen

Keine zusätzliche Förderung, keine Beratung, keine Schulungen für die Fachkräfte – die Landesregierung sieht bei hochbegabten Vorschulkindern keinen Förder- und Handlungsbedarf.

Auf eine parlamentarischen Initiative der FDP/DVP-Fraktion zur „Förderung hochbegabter Kinder im vorschulischen Bereich“ (Drucksache 17/5022) liegt nun die Stellungnahme der Landesregierung vor. Diese kommentiert der Sprecher für frühkindliche Bildung, **Dennis Birnstock**, wie folgt:

„Statistisch gesehen weisen zwei Prozent der Menschen eine Hochbegabung – und damit einen Intelligenzquotienten von über 130 - auf. Bereits bei kleinen Kindern kann sich eine Hochbegabung als starker Entwicklungsvorsprung und über bereits erkennbar außergewöhnliche Fähigkeiten in bestimmten Bereichen sowie über Verhaltensauffälligkeiten äußern. Auch standardisierte Intelligenztests zur Feststellung einer Hochbegabung stehen bereits für Vorschulkinder zur Verfügung.

Doch laut der grün-schwarzen Landesregierung haben hochbegabte Vorschulkinder weder einen zusätzlichen Förderbedarf, noch sei eine Hochbegabung in diesem Alter feststellbar. Damit widerspricht die grüne Kultusministerin nicht nur wissenschaftlichen Erkenntnissen, sie lässt auch die betroffenen Kinder, deren Eltern und das pädagogische Fachpersonal im Regen stehen. Hochbegabte Kinder benötigen eine angemessene und zielgerichtete Förderung, die Eltern eine qualifizierte Beratung und die Fachkräfte entsprechende Schulungen, Fortbildungen und Leitfäden für den Umgang mit hochbegabten Kindern. All dies ist jedoch nicht gegeben. Stattdessen sollen hochbegabte Kinder ohne zusätzliche Förderung einfach weiter in den regulären Kita-Gruppen betreut werden – und das in einer ohnehin schon mehr als angespannten Kita-Situation.

Ich fordere die Landesregierung daher dringend auf, zusätzliche Bildungsangebote für hochbegabte Vorschulkinder zu entwickeln und die vorhandenen Familienberatungsstellen sowie das pädagogische Personal entsprechend zu qualifizieren. Bei entsprechenden Fortbildungsangeboten einfach auf die



Träger zu verweisen, ist zwar typisch für die Kultusministerin, wird aber dem Bildungsanspruch des Landes in keiner Weise gerecht. Schließlich sollte es im Land der Dichter und Denker Anspruch sein, jedes Kind zielgerichtet zu bilden und zu fördern und damit gerade auch überdurchschnittlichen Leistungen früh den Weg zu ebnen.“